

ausgestrahlt

gemeinsam gegen atomenergie



Foto: Andreas Conradt / PubliXviewinG

Wir lassen die Stromriesen schrumpfen

AtomkraftgegnerInnen können sogar gegen die größten Konzerne erfolgreich sein

Liebe Freundinnen und Freunde,

der Aktienkurs von RWE ist innerhalb der letzten zehn Monate von 30 auf 10 Euro gefallen. Der Wert von Eon hat sich im gleichen Zeitraum halbiert. Eine Ursache ist, dass die Stromriesen die Energiewende verschlafen haben. Obendrauf kommt jetzt noch die Debatte um die Folgekosten der Atomkraft. Alleine die Ankündigung, dass die Konzerne auch bei einer Aufspaltung noch für ihren Strahlendreck haften sollen, ließ deren Kurs um 30 Prozent einbrechen. Das beweist: Die AktionärInnen waren bisher davon ausgegangen, dass der Staat für die Kosten einspringt.

120.000 Menschen haben sich in einer gemeinsamen Aktion von .ausgestrahlt und Umweltinstitut München dagegen gestellt. Zusätzlich fanden die „Sag mal, Eon“-Fakes von .ausgestrahlt in Form von Plakaten, Postkarten und Video-Clips

riesige Verbreitung. Vor und in der letzten Eon-Hauptversammlung kamen wir ausführlich zu Wort. Die Medien griffen unsere Kritik breit auf. Und schließlich reagierte die Bundesregierung.

Noch ist nicht sicher, dass Sigmar Gabriel dem Verursacherprinzip wirklich Geltung verschafft. Eine Kommission soll in den nächsten Monaten klären, ob der Staat das für den Abriss der AKW und die Atommüll-Lagerung benötigte Geld den Konzernen abnimmt, so lange dort noch etwas zu holen ist. Ein öffentlich-rechtlicher Fonds mit Nachschusspflicht bei Kostensteigerungen bleibt unsere Forderung.

Die Stromriesen schrumpfen. Doch noch immer betreiben sie acht Atomkraftwerke, die meisten bis 2022. Sicherheits-Nachrüstungen in den alten Reaktoren sind teuer. Das bedeutet: je schlechter es

den AKW-Betreibern geht, umso riskanter wird der Weiterbetrieb. Hat mal jemand behauptet, Atomstrom sei billig? Das Geschäftsmodell Atomkraft ist gescheitert. Es wird höchste Zeit, es zu beenden.

Das .ausgestrahlt-Team

Schwierige Familienverhältnisse

Wer kann, muss, wird am Ende für den Abriss der Atomkraftwerke und die Lagerung des Atommülls zahlen? **Seiten 2-3**

5 Milliarden für Atomkraftwerke

Fragen und Antworten zur Brennelemente-Steuer und zum dreisten Plan von CDU und CSU, sie wieder abzuschaffen **Seiten 4-5**

Kein Licht geht aus

Warum alle acht Atomkraftwerke schon jetzt abgeschaltet werden könnten **Seite 10**

.ausgestrahlt braucht Deine Unterstützung!
Jetzt Förderer und Förderin werden – siehe beiliegenden Flyer

Rundbrief kostenlos
abonnieren: Seite 12

Schwierige Familienverhältnisse

Die Debatte um die Folgekosten der Atomkraft zeigt die enge Verflechtung von Staat und Atomindustrie. Wer muss am Ende für die strahlenden Hinterlassenschaften zahlen?



..ausgestrahlt-Fotoaktion beim Kirchentag in Stuttgart

„Eltern haften für ihre Kinder“ – unter dieses Motto stellte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel Anfang September seinen Entwurf eines Nachhaftungsgesetzes für die Atomkonzerne. Das soll verhindern, dass sich diese durch Unternehmensaufteilungen aus der finanziellen Verantwortung für ihren Atommüll stellen können. Bisher nämlich gilt: Überführt ein Energiekonzern seine AKW in ein unabhängiges Unternehmen – Eon hatte ebendies vor –, endet seine Haftung für die strahlenden Hinterlassenschaften nach fünf Jahren. Geht das neugegründete Unternehmen danach pleite und kann den Abriss der AKW und die Atommüll-Lagerung nicht mehr bezahlen, muss der Staat einspringen – der Mutterkonzern, etwa Eon, ist fein raus.

Eon-Chef Johannes Teyssen hat immer wieder öffentlich erklärt, dies sei kein Problem. Denn Uniper – so soll die Eon-Abspaltung heißen, in die der Konzern neben seinen Kohle- auch seine Atomkraftwerke ausgliedern wollte – wäre finanziell sehr gut aufgestellt. So gut, dass keine Gefahr bestünde, dass am Ende die SteuerzahlerInnen einspringen müssten. Auf der Eon-Hauptversammlung im Mai habe ich Teyssen daher vorgeschlagen, doch einfach eine unbegrenzte Haftungs-

garantie für Uniper abzugeben. Er entgegnete: Gerade weil Uniper so sicher sei, sei so eine Garantie unnötig.

Nach Gabriels Gesetzentwurf soll Eon unbefristet haften. Als dies öffentlich wurde, schmierte der Eon-Aktienkurs ab. Schlussfolgerung: Die Börse glaubt Teyssen nicht, sondern sieht ein großes Risiko für Eon. Und der Manager kündigte eine Klage gegen das Gesetz an – weil er wohl selbst auch nicht an das glaubt, was er monatlang öffentlich vertreten hat.

Kinder haften nicht für Eltern

Gabriels Gesetzentwurf hat zudem einen gewaltigen Haken: Die „Kinder“ haften darin nicht für ihre „Eltern“. Das hat auch Teyssen gemerkt. Die AKW sollen deshalb nun doch bei Eon bleiben, große Vermögenswerte aber weiterhin zu Uniper gehen. Damit jedoch ist das eigentliche Ziel von Gabriels Gesetzesinitiative gefährdet: die Aufspaltung und damit die Reduktion der Haftungsmasse der Atomkonzerne zu verhindern. Kommt nämlich Eon in einigen Jahren in Schwierigkeiten, ist das ausgegliederte Vermögen, auch wenn es weiter den Eon-AktionärInnen gehört, vor Zugriffen längst sicher. Stattdessen muss dann doch der Staat für die Folgekosten der Atomkraft aufkommen.

Bis Redaktionsschluss ist nicht bekannt geworden, dass Gabriel seinen Gesetzentwurf nachbessern will.

Ungewollte Kinder?

Schließlich traten die Stromkonzerne noch eine Diskussion über die Abstammung ihrer Kinder vom Zaun. Teyssen, wieder vorneweg, erklärte im Handelsblatt: „Eltern sind doch die, die Kinder in die Welt gesetzt haben. Und wer hat denn die Atomkraftwerke gewollt und gebaut? (...) Wir sind nur die Adoptiveltern. Der eigentliche Vater der Atomenergie war doch Franz Josef Strauß. Er hat die Energiekonzerne beauftragt, Atomkraftwerke zu bauen. Und Helmut Schmidt hat das während der Ölkrise noch einmal getan.“

Ist es also doch richtig, wenn „Vater Staat“ am Ende zahlen muss? Nun: Es waren zwar Bundesregierungen, die den Einstieg in die Atomkraft wollten. Aber sie haben ihn auch mit Milliardensummen finanziert. Die großen Geschäfte haben dann die Konzerne und ihre AktionärInnen gemacht. RWE und Eon haben nach WDR-Recherchen alleine seit dem Jahr 2000 etwa 44 Milliarden Euro Dividenden an ihre Eigentümer ausgeschüttet. Die Konzerne selbst sind, auch mit den fetten Atom-Gewinnen, über Jahrzehnte kräftig gewachsen. Das Geld ging trotz Strauß und Schmidt nicht an den Staat.

Atomare Patchwork-Familien

In einigen Fällen sind die Familienverhältnisse besonders kompliziert: 25 Prozent von RWE gehören nordrhein-westfälischen Kommunen. Die Stadtwerke München sind am AKW Isar beteiligt, die Stadtwerke Bielefeld am AKW Grohnde. Vattenfall ist im Besitz des schwedischen Staates. Und EnBW gehört dank des früheren CDU-Ministerpräsidenten Stefan Mappus, den weder seine eigene Partei noch sein Koalitionspartner FDP stoppte, etwa zur Hälfte dem Land Baden-Württemberg. Die andere Hälfte teilen sich einige Landkreise dort.

In all diesen Fällen geht es also nicht darum, ob private Investoren oder die SteuerzahlerInnen am Ende die Kosten tragen. Die Fragen sind andere: Zahlen im Falle Vattenfall die schwedischen oder die deutschen BürgerInnen? Muss sich wegen des RWE-Atommülls beispielsweise die Stadt Dortmund einschränken – oder trifft es die ganze Republik? Und finanziert die Bevölkerung von Baden-Württemberg den Abriss der EnBW-Reaktoren – oder müssen auch die Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern oder dem Saarland mitbezahlen?

Die grün-rote Regierung in Stuttgart hat bereits den Ausschluss sämtlicher Haftungsregeln gefordert, wenn die öffentliche Hand an AKW-Betreibern beteiligt ist. Das würde bedeuten, dass alle für den Strahlendreck zahlen sollen, damit Baden-Württemberg nicht auf den Kosten sitzen bleibt. Ähnlich argumentiert die nordrhein-westfälische SPD, wenn es um die Ruhrgebiets-Städte geht. Seltsam bloß: So lange sich mit den AKW gutes Geld verdienen ließ, hat kein EnBW- oder RWE-Aktionär die Ausschüttung der Gewinne an alle vorgeschlagen ... Der Vorschlag aus Stuttgart ist zudem schlicht verfassungswidrig. Schon aufgrund des Gleichbehandlungsgrundsatzes kann es keine Verantwortungs-Befreiung nur für die öffentliche Hand geben. Die Gefahr, dass am Ende dann auch die privaten Investoren bei Eon und RWE ungeschoren davonkommen, die den Löwenanteil der Gewinne eingesteckt haben, ist groß.

Reichen die Rückstellungen?

Offiziell müssen alle AKW-Betreiber Rückstellungen für den Abriss der AKW und die Lagerung des Atommülls bilden. Aber das Geld liegt nicht im Tresor, sondern ist investiert und kann bei einer Insolvenz verloren gehen. Sigmar Gabriel hat einen „Stresstest“ in Auftrag gegeben, um herauszufinden, ob die Stromkonzernen zahlen können, wenn sie zahlen müssen.

Bis Redaktionsschluss ist nur durchgesickert, dass es ein großes Problem mit der Zinsentwicklung geben kann: Denn die AKW-Betreiber haben nicht den Betrag X für die von ihnen kalkulierten Kosten zurückgestellt, sondern nur so viel, dass bei

ordentlicher Verzinsung in einigen Jahrzehnten dieser Betrag X rauskäme. Angesetzt haben sie dabei Zinssätze von 4 bis 4,7 Prozent. Die Realzinsen sind derzeit aber deutlich niedriger. Der Stresstest kommt bei einem Szenario mit lang anhaltend niedrigen Zinsen auf einen Fehlbetrag von 30 Milliarden Euro. Als der „Spiegel“ diese Zahl veröffentlichte, stürzten die Aktienkurse von Eon und RWE ins Bodenlose. Nur ein vages Dementi des Wirtschaftsministers konnte dem freien Fall ein Ende bereiten. Dem Vernehmen nach haben die Chefs der Konzerne im Kanzlerinnenamt angerufen, um zu verhindern, dass die desaströse Zahl in der Endfassung des Gutachtens noch vorkommt.

Wie ernst meint es Gabriel?

Der Entwurf des Nachhaftungsgesetzes hat dem Wirtschaftsminister viel positive Presse eingebracht. Doch ob die wirklich verdient war, muss sich erst noch zeigen. Als nächstes will Gabriel eine Kommission einsetzen, die einen Plan für den zukünftigen Umgang mit den Rückstellungen der AKW-Betreiber entwickelt. Soll ein öffentlicher-rechtlicher Fonds entstehen, in den die Konzerne einzahlen müssen, um das Geld zu sichern? Gibt es dann auch eine Nachschusspflicht, wenn es am Ende teurer wird? Oder setzen sich Eon, RWE und Co durch, die eine Stiftung vorschlagen, an die sie einmal etwas überweisen und dann aus der Verantwortung entlassen werden?

Die Gerüchte über die Zusammensetzung der Kommission lassen Schlimmes befürchten: Ein hochrangiger RWE-Manager soll mit am Tisch sitzen, dazu Ex-Wirtschaftsminister Werner Müller, der sich gerade um den Aufsichtsrats-Vorsitz von RWE bemüht, und schließlich Michael Vassiliadis von der Gewerkschaft IG BCE, der schon öffentlich gefordert hat, die Haftung der Konzerne zu beschränken.

Wir haben also noch eine Menge zu tun. Zumal noch acht AKW jeden Tag weiteren Atommüll produzieren. Aber dass überhaupt etwas in Bewegung und die Konzerne so in Bedrängnis gekommen sind, darauf können alle aktiven AtomkraftgegnerInnen ein wenig stolz sein.

Jochen Stay



5 Milliarden für Atomkraftwerke

Noch immer ist Atomkraft hoch subventioniert. Jetzt wollen CDU und CSU auch noch die Brennelemente-Steuer abschaffen. Die AKW würden so wieder sehr profitabel

Auch Atomkraftwerke müssen für ihren Brennstoff Steuern zahlen – die sogenannte Brennelemente-Steuer. CDU und CSU aber wollen diese Steuer Ende 2016 abschaffen. Damit würden sie den AKW-Betreibern mehr als 5 Milliarden Euro schenken – und die gefährlichen, längst abgeschriebenen Atommeiler wieder zu richtigen Goldesel machen.

Was ist die Brennelemente-Steuer?

Eine Steuer auf den Brennstoff für Atomkraftwerke, auch Kernbrennstoffsteuer genannt. Pro Gramm Uran oder Plutonium, die in einem AKW zum Einsatz kommen, sind derzeit 145 Euro fällig.

Was unterscheidet die Brennelemente-Steuer von anderen Steuern?

Die Brennelemente-Steuer ist befristet. Schon Ende 2016, gerade einmal sechs Jahre nach ihrer Einführung, soll sie wieder abgeschafft werden – es sei denn, der Bundestag beschließt, sie auch weiterhin zu erheben.

Wie viel Geld würde die Bundesregierung den AKW-Betreibern mit der Abschaffung der Steuer schenken?

Durchschnittlich etwa 144 Millionen Euro pro Reaktor und Jahr. Geht man von den Laufzeiten aus, die das derzeitige Atomgesetz den AKW zugesteht, macht das unterm Strich mehr als 5 Milliarden Euro, welche die AKW-Betreiber durch die Abschaffung der Steuer einstreichen würden.

Wie begründete die damalige schwarz-gelbe Regierungskoalition die Steuer bei der Einführung?

Der CDU/CSU-Redner im Bundestag nannte folgende Argumente:

„Die Kernenergie ist eben nicht vom CO₂-Emissionshandel betroffen und somit gegenüber anderen Energieträgern bevorzugt.“

„..., weil gerade die Kosten für Endlagerung und für den Rückbau der Kernkraftwerke im Wesentlichen vom Steuerzahler in Deutschland getragen werden.“

„..., weil der Strommarkt mehr Chancengleichheit braucht und gerade die großen vier nationalen Stromversorger hier einen Wettbewerbsvorteil gegenüber vielen kleinen und mittelständischen Stromanbietern haben.“

Von einer „Steuer“ zu sprechen, sei dabei eigentlich „irreführend“, erläuterte der CDUler: „Es handelt sich im Wesentlichen (...) um einen Subventionsabbau.“ Ziel sei, „die direkte Bevorzugung der Kernenergiewirtschaft“ zu beenden.

Die FDP-Rednerin unterstrich, dass „gerade auch die Atomwirtschaft“ einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten müsse, „besonders vor dem Hintergrund, dass sie in der Vergangenheit enorme Kosten für den Bundeshaushalt verursacht hat und auch in Zukunft verursachen wird.“

Warum kritisierten SPD, Grüne und Linke die Steuer?

Sie hielten den Steuersatz für zu niedrig. Dieser müsse eigentlich mehr als doppelt so hoch sein, rechnete etwa die SPD vor.

Welcher der Gründe für die Steuer ist inzwischen weggefallen?

Kein einziger. Atomkraftwerke profitieren noch immer – ungerechtfertigterweise – vom Emissionshandel. Für unabsehbar hohe Atommüll-Kosten muss aller Voraussicht nach am Ende doch die Allgemeinheit aufkommen. Und von Wettbewerbsgleichheit kann keine Rede sein: Indirekt wird die Atomkraft weiterhin jedes Jahr in Milliardenhöhe subventioniert.

Was haben die CO₂-Preise mit der Brennelementesteuer zu tun?

Fossile Kraftwerke müssen durch die Emissionszertifikate für ihren CO₂-Ausstoß inzwischen zumindest einen kleinen finanziellen Ausgleich für die von ihnen verursachten Klimaschäden leisten; durch die Reform des Emissionshandels wird dieser Preis in den kommenden Jahren auch wieder steigen. Atomkraftwerke hingegen bürden ihre Risiken und Folgekosten weiterhin zu großen Teilen einfach der Gesellschaft auf. Zudem zahlen sie selbst für die von ihnen verursachten Treibhausgasemissionen (CO₂-Ausstoß beim Uranabbau, Uranerzaufbereitung etc.) keinen Cent. Gleichzeitig haben die großen

Stromversorger jedoch unter Verweis auf die Kosten durch die CO₂-Zertifikate ihre Strompreise erhöht. Davon profitieren auch die AKW-Betreiber, die ihren Strom nun ebenfalls teurer verkaufen können. Fachleute sprechen von „leistungslosen Zusatzgewinnen“ oder „windfall profits“.

Wer zahlt eigentlich für die Folgekosten der Atomkraft?

Der Abriss der Atomkraftwerke und die Langzeit-Lagerung des Atom Mülls wird viele Milliarden Euro kosten. Die Rückstellungen der AKW-Betreiber dafür reichen bei Weitem nicht aus. Zudem versuchen diese gerade mit allerlei Tricks, sich aus der finanziellen Verantwortung zu stellen. Dann müsste am Ende der Staat diese Kosten tragen.

Herrscht inzwischen fairer Wettbewerb auf dem Strommarkt?

Nein. Atomkraft profitiert weiterhin von milliarden schweren Subventionen: So müssen AKW nur eine minimale Haftpflichtversicherung vorweisen, die in keinsten Weise die realen Schäden eines Atomunfalls abdeckt; im Falle eines Störfalls muss dann der Staat einspringen – ähnlich wie die japanische Regierung beim Fukushima-Betreiber Tepco – oder es gibt schlicht keinen Schadensersatz. Zweitens können die AKW-Betreiber über ihre steuerfreien Rückstellungen in Höhe von derzeit 38 Milliarden Euro noch immer völlig frei verfügen. Drittens hat Atomkraft, siehe oben, durch den Emissionshandel einen Wettbewerbsvorteil. Und ob die AKW-Betreiber, viertens, am Ende tatsächlich für die kompletten Kosten der jahrtausendelangen Lagerung des Atom Mülls aufkommen, ist mehr als fraglich.

Mit wie viel Geld hat der Staat die Atomkraft bisher subventioniert?

Eine Studie des Forum Ökologisch-Soziale Steuerreform (FÖS) errechnete für den Zeitraum 1950–2010 Atomsubventionen in Höhe von mindestens 200 Milliarden Euro. Die lächerlich geringe Haftpflichtversicherung der AKW, die ihren Betreibern extrem teure Versicherungsprämien erspart, ist darin noch gar nicht berücksichtigt.

Wie hoch müsste die Brennelemente-Steuer sein, um die Wettbewerbsvorteile der AKW zu kompensieren?

Das CDU-geführte Bundesfinanzministerium schlug 2010 zunächst einen Satz von 220 Euro pro Gramm Atombrennstoff vor. Das sind 50 % mehr als die 145 Euro, die die AKW-Betreiber derzeit zahlen müssen. Laut FÖS müsste der Steuersatz mehr als 350 Euro betragen, um allein die aktuellen Wettbewerbsvorteile der Atomkraft zu kompensieren; bei dieser Berechnung blieben sowohl die in der Vergangenheit erlangten Subventionen als auch die völlig unzureichende Haftpflicht-Deckungsvorsorge der AKW außen vor.

Wie haben die AKW-Betreiber auf die Einführung der Steuer reagiert?

Sie kündigten umgehend Klagen gegen die Steuer an und versuchen seitdem, diese vor den Finanzgerichten, dem Europäischen Gerichtshof und dem Bundesverfassungsgericht zu kippen – bisher vergebens. RWE tauschte zudem, um Steuern zu sparen, kurz vor Einführung der Brennelemente-Steuer Ende 2010 noch fast die Hälfte der Brennelemente des Reaktors Biblis B aus, obwohl viele der alten Brennelemente noch gar nicht zu Ende genutzt waren.

Ist die Brennelemente-Steuer europarechtskonform?

Ja. Der Europäische Gerichtshof hat im Juni 2015 entschieden: Durch die Steuer werden weder EU-Richtlinien noch der EURATOM-Vertrag verletzt, zudem stellt die Steuer keine verbotene Beihilfe dar.

Ist die Brennelemente-Steuer verfassungskonform?

Die Bundesregierung sagt: ja. Die AKW-Betreiber bestreiten das. Das Bundesverfassungsgericht will nachzeitigem Stand noch im Jahr 2015 entscheiden.

Was haben CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag 2013 zur Brennelemente-Steuer vereinbart?

Nichts. Die SPD forderte in ihrem Wahlprogramm 2013, die Steuer erstens über 2016 hinaus zu erheben und sie zweitens

zu erhöhen. Die CDU hielt es für zu früh, darüber zu reden. Der Koalitionsvertrag erwähnt das Thema nicht.

Welchen Einfluss hatte die Brennelemente-Steuer auf die Abschaltung des AKW Grafenrheinfeld?

Das AKW ging ein gutes halbes Jahr früher vom Netz, als das Atomgesetz es forderte. Eon zufolge lohnte es sich unter anderem aufgrund der Brennelemente-Steuer nicht mehr, das AKW für die letzten Monate noch einmal mit frischem Brennstoff zu bestücken.

Welche Folgen hätte eine Abschaffung der Steuer Ende 2016?

Die allesamt bereits abbeschriebenen Atomkraftwerke würden ohne die Steuer wieder zu richtigen Goldesel. Damit stiege der Anreiz für die Konzerne, Druck für eine erneute Laufzeitverlängerung zu machen. Umgekehrt gilt: Je länger die Steuer erhoben wird und je höher sie ausfällt, desto größer die Chance, dass Reaktoren schlicht unrentabel werden – selbst freiwilliges Abschalten wäre dann nicht ausgeschlossen.

Armin Simon

Was fordert .ausgestrahlt?

Alle Atomkraftwerke müssen sofort abgeschaltet werden – dann bräuchte es auch keine Brennelemente-Steuer. Solange die AKW aber weiterlaufen, gilt:

- Keine Steuerbefreiung für Atomkraftwerke! Die Brennelemente-Steuer muss auch über 2016 hinaus erhoben werden.
- Wer Atom Müll produziert (hat), muss auch die kompletten Kosten für dessen jahrtausendelange Lagerung tragen.
- Die steuerfreien Milliarden-Rückstellungen der AKW-Betreiber für den Abriss der AKW und die Lagerung des Atom Mülls müssen den Konzernen entzogen und in einen öffentlichen Fonds überstellt werden – mit Nachschusspflicht für die Konzerne bei künftigen Kostensteigerungen.



Foto: PubliXviewinG

„Betroffene werden schockiert sein“

Michael Mehnert über geologische Kriterien, die Gorleben nicht ausschließen durften, und Pläne der Atommüll-Kommission, mögliche Standorte erneut im Geheimen auszuwählen

Herr Mehnert, die Arbeitsgruppe 3 (AG3) der Atommüll-Kommission tagt bisher weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit. Was passiert da?

MICHAEL MEHNERT: Da passiert das Wichtigste überhaupt – die AG3 entwirft die Kriterien, geologische vor allem, nach denen eine Standortsuche durchgeführt werden soll. Es geht darum, was echte Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen sind und was bloß Abwägungskriterien. Da werden also die Pflöcke eingeschlagen.

Das Endlagersuchgesetz selbst sagt nichts zu den Kriterien?

Nein, die sind in der Diskussion um das Gesetz alle wieder rausgefliegen; das soll nun allein die Kommission machen. Der Bundestag wird, wenn er den Endbericht der Kommission vorgelegt bekommt, diese Kriterien durchwinken – woher soll er sonst welche nehmen? Diese Arbeitsgruppe wird also durchschlagende Wirkung haben.

Wenn man die Diskussionspapiere der AG3 anschaut, dann hangelt sie sich vor allem an den Kriterien entlang, die der von der rot-grünen Bundesregierung eingesetzte „Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte“ (AkEnd) von 1999 bis 2002 einmal erarbeitet hat. Ist das gut?

Einerseits schon, das ist sicher eine interessante Basis. Andererseits muss man sich aber klarmachen, dass das AkEnd ein Gremium war, das einen Kompromiss erzielen sollte. Das Papier ist also ein Kompromisspapier. Es ist unter anderem so gemacht, dass Gorleben als Atommüll-Standort nicht gefährdet ist. Das muss man immer wieder im Hinterkopf haben.

Ein Beispiel?

Nehmen Sie den Punkt Deckgebirge. Die Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe (BGR) hat in ihrer „Salzstudie“ 1995 die Funktion eines intakten Deckgebirges als geologische Barriere relativ stark herausgestellt. Das findet sich aber im AkEnd-Papier so nicht wieder. Der Begriff „Deckgebirge“ kommt dort nur ein einziges Mal vor. Stattdessen hat der AkEnd dann den Begriff des „einschlusswirksamen Gebirgsbereichs“ (EWG) entwickelt – das war die wissenschaftliche Grundformel, die den Kompromiss ermöglicht hat. Jetzt kann man sehen, dass dieses Modell des EWG auch in der Atommüll-Kommission weiter verfolgt wird, teilweise sogar massiv.

Was stört Sie daran?

Man sollte schon intensiv hinterfragen, was damals wirklich wissenschaftliche und was bloß Kompromiss-Linie war. Das macht die AG3 aber nicht. Ihr Vorsitzender Michael Sailer macht ab und zu

Anmerkungen, dass der AkEnd bestimmte Sachen auch nicht zu Ende diskutiert hat. Das deutet schon darauf hin, dass da an bestimmten Stellen der Sack zugemacht worden ist. Ob er jetzt wieder aufgemacht wird? Das Bewusstsein, dass man das an vielen Stellen tun müsste, ist nicht unbedingt vorhanden. Der Großteil der Akteure sind ja Leute, die damals mit dem AkEnd zu tun hatten und über diesen Horizont gar nicht hinausgehen wollen.

Wie geeignet ist das Konzept vom „einschlusswirksamen Gebirgsbereich“ denn, um den bestmöglichen Lagerort für den Atommüll zu finden?

Es greift zu kurz. Man müsste eher die Kombination verschiedener Gebirgsbereiche beachten. Bei Salz etwa ist das Deckgebirge entscheidend; Salz-Ton- oder Salz-Ton-Granit-Formationen ermöglichen unter Umständen eine wesentlich verlässlichere Langzeitlagerung.

Der AkEnd hat sich im Wesentlichen mit Salz und Ton als Wirtsgestein befasst. Nun soll auch noch Granit mit untersucht werden. Ist damit alles auf dem Tisch?

Salzstöcke sind eigentlich relativ schlecht als Endlagerstandort. Sie entstehen ja, indem Salzsichten aufsteigen und sich miteinander vermischen. Das Innere eines Salzstocks kann man daher

nicht gut beschreiben. In der Fachwelt wird deshalb seit fünf Jahren noch ein viertes Wirtsgestein diskutiert: Salz, das noch in flachen Schichten gelagert ist. Die BGR hat ein Forschungsprojekt dazu laufen. In der AG3 ist dazu aber bisher nichts gesagt worden. Keine Ahnung, wie viele Mitglieder der AG davon überhaupt Kenntnis haben.

Laut Endlagersuchgesetz ist ein einziger Standort bereits gesetzt für die Suche: Gorleben. Belastet das die Diskussionen?

In den Köpfen ist Gorleben gerade bei den Kriterien natürlich immer drin – auch wenn es nie offen angesprochen wird. Vom Fachlichen her muss man sagen, dass man das bei einem solchen Auswahlprozess eigentlich nicht machen darf, einen Standort schon vorab in den Topf zu werfen. Dann müsste man schon dafür sorgen, dass andere, ähnlich geartete Standorte ebenfalls drin sind. Gorleben ist ja nach einem bestimmten Kriterienraster

ausgewählt worden, das kann man nachlesen in den Bundestagsdrucksachen. Man müsste also mindestens alle Standorte, die da nach heutigem Wissen genauso drunter fallen, auch benennen. Dann hätte man allerdings etwa 140 Standorte in der BRD ...

Das spricht nicht gerade dafür, dass ausgerechnet Gorleben der am wenigsten ungeeignete Standort ist.

Aber es ist so immer die Gefahr, dass man in die Gorleben-Sackgasse reinläuft und am Ende des Verfahrens doch Gorleben rauskommt – einfach aufgrund der vielen Infos, die man über den Standort schon hat.

Die AG3 diskutiert auch über Verfahrensfragen der Standortsuche. Ihre Vorsitzenden, Sailer und Armin Grunwald vom Karlsruher Institut für Technologie, das früher Kernforschungszentrum hieß, haben zum Beispiel vorgeschlagen, dass die Auswahl der zu erkundenden Standorte komplett unter Ausschluss der

Öffentlichkeit stattfinden soll. Welche Folgen hätte das?

Wenn so eine Blackbox ihr Ergebnis präsentiert, werden die Betroffenen schockiert sein. Da sind dann ja schon einige Würfel gefallen. Ob eine nachträgliche Begründung dann noch ausreicht, wage ich zu bezweifeln. So ein Auswahlverfahren ist ja nicht so eindeutig, wie man sich das vorstellt. Da gibt es schon diverse Einschätzungen und Fachmeinungen. Man muss eigentlich jeden Einzelschritt transparent machen – sonst kippt das gesamte Verfahren. **Interview: Armin Simon**

Dr. Michael Mehnert, 64, Chemiker, Physiker und Fachjournalist, arbeitete von 2001 bis 2011 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), zeitweise auch fachlich im Bereich Strahlenschutz bei der Endlagerung. Er gehört zu den aufmerksamsten Beobachtern der Arbeit der Atommüllkommission und bloggt unter endlagerdialog.de

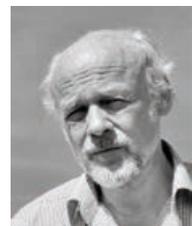


Foto: privat

Anzeige



Jetzt wechseln und 25 €-Gasgutschrift erhalten:
www.naturstrom.de/ausgestrahlt-bg

Klimafreundlich kochen & heizen mit naturstrom biogas

- Biogas aus Rest- und Abfallstoffen
- garantierte Förderung neuer Öko-Kraftwerke
- unabhängig von Kohle- und Atomindustrie
- keine Mindestvertragslaufzeit
- einfacher, sicherer Wechsel



NATURSTROM AG

Achenbachstraße 43 • 40237 Düsseldorf • Tel 0211 77 900-300

naturstrom
ÉNERGIE MIT ZUKUNFT

Ein AKW weniger, eine Lüge mehr

.ausgestrahlt-Kampagnen, -Aktionen und kleine Erfolge der letzten Wochen

•• JUNI ••



Eon den Marsch blasen: Abschaltfest in Schweinfurt Foto: BA-BI Schweinfurt

Ende eines AKW – Riesen-Volksfest auf dem Schweinfurter Marktplatz

Endlich vom Netz: Anlässlich der Abschaltung des AKW Grafenrheinfeld feiern über 10.000 Menschen am 31. Mai ein Riesen-Volksfest auf dem Marktplatz in Schweinfurt. .ausgestrahlt-Sprecher Jochen Stay erinnert von der Bühne aus daran, dass

auch die restlichen acht AKW schleunigst vom Netz müssen. Bereits im Mai diskutierten auf einer von .ausgestrahlt unterstützten Fachtagung die örtlichen Bürgerinitiativen über die Gefahren und Probleme beim Abriss des alten Meilers.

Neues .ausgestrahlt-Gutachten: Sofortausstieg ist möglich

Pünktlich zur Abschaltung des AKW Grafenrheinfeld zeigt .ausgestrahlt mit einer Studie, dass auch ohne alle Atomkraftwerke noch genügend Strom produziert werden kann: Selbst unter extrem pessimistischen Annahmen sowie bei Dunkelheit und deutschlandweiter Flaute stehen noch genügend Kraftwerkskapazitäten zur Verfügung, um auch den höchsten Strombedarf jederzeit zu decken. Mehr Infos auf Seite 10, im druckfrischen Fragen&Antworten-Papier zum Thema (Seite 11) und unter www.ausgestrahlt.de/sofortausstieg



Foto: BA-BI Schweinfurt

Wir müssen reden.

Atommülltagung statt Pseudo-Dialog

Nachdem sie über ein Jahr getagt und bereits an ihrem Abschlussbericht schreibt, lädt die Atommüll-Kommission am 20. Juni das erste Mal zum sogenannten „Bürger-Dialog“ nach Berlin. Die TeilnehmerInnen sind allerdings mehrheitlich beruflich mit dem Thema Atommüll beschäftigt. .ausgestrahlt und BI Lüchow-Dannenberg demonstrieren vor dem Veranstaltungsort gegen diese Beteiligungssimulation. Anschließend ziehen, nur wenige U-Bahn-Stationen weiter, mehr als 100 AtomkraftgegnerInnen – fast alle ehrenamtlich aktiv – auf der selbst organisierten Veranstaltung „Atommüll ohne Ende 2“ eine kritische Bilanz der bisherigen Kommissionsarbeit. Ein Fazit: Solange Gorleben nicht endgültig vom Tisch ist und das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit und Transparenz weiter ignoriert wird, ist die Arbeit der Atommüll-Kommission zur Lösung des Atommüllkonflikts quasi wertlos.

www.ausgestrahlt.de/20juni



Wolfgang Ehmke (BI) und SchülerInnen aus dem Wendland auf der gemeinsamen Tagung von .ausgestrahlt und BI Lüchow-Dannenberg Foto: Andreas Conradt / PubliXviewing

„Stromrebell“-Auszeichnung für .ausgestrahlt und Jochen Stay

Er fuhr nach Schönau, um über den „Widerstand gegen eine europäische Atomrenaissance“ zu sprechen. Vor Ort erwartet .ausgestrahlt-Sprecher Jochen Stay am 29. Juni dann eine Überraschung: Die Elektrizitätswerke Schönau und die Stadt Schönau ehren ihn als „Stromrebell des Jahres 2015“. Begründung der Jury: Jochen „gibt unzähligen Menschen den Mut und die Motivation, für ihre Überzeugung einzutreten.“ Das Preisgeld von 5.000 Euro fließt natürlich in die nächste .ausgestrahlt-Kampagne.



Foto: Elektrizitätswerke Schönau

•• JULI •••••

AtomkraftgegnerInnen decken Lüge um geplanten Atommüll-Export auf

Zusammen mit dem Bündnis gegen Castortransporte und der US-amerikanischen Umweltorganisation SRS Watch deckt .ausgestrahlt auf: Das Forschungszentrum Jülich (FZJ) hat die Öffentlichkeit seit Jahren bewusst in die Irre geführt. Ein bisher geheim gehaltenes Memorandum von 2013 bescheinigt ganz offiziell, dass es sich bei den rund 300.000 abgebrannten Brennelement-Kugeln aus Jülich nicht um atomwaffentaugliches Material handelt. Das FZJ hat hingegen immer wieder argumentiert, der Export des Atommülls in die USA sei vor allem auch aus Gründen der Non-Proliferation sinnvoll. .ausgestrahlt bleibt weiter am Ball.

www.ausgestrahlt.de/export-usa

•• JUNI BIS SEPTEMBER •••••

.ausgestrahlt auf Info-Tour

Ob Kirchentag in Stuttgart, Kulturelle Landpartie im Wendland oder Musikfestivals in Ventschau, Rudolstadt und Hamburg: .ausgestrahlt ist den Sommer über mit Infoständen präsent und erinnert daran, dass der Atomausstieg noch lange nicht vollzogen ist – es aber viele Möglichkeiten gibt, selbst aktiv dafür zu werden, dass es schneller geht.



.ausgestrahlt-Infostände bei der Kulturellen Widerstands-Part(ie)y in Gorleben (oben, Foto: Pauline Geyer) und auf dem Kirchentag in Stuttgart (links, Foto: Helge Bauer)

Kein Licht geht aus

Alle acht AKW könnten schon heute abgeschaltet werden – ohne Kapazitätsengpässe bei der Stromerzeugung. Auch für Süddeutschland gäbe es ohne AKW genügend Strom

In Deutschland sind, erneuerbare Energien mitgerechnet, Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von 189 Gigawatt (GW) installiert. Davon entfallen knapp 11 GW auf Atomkraft. Würden alle acht AKW sofort abgeschaltet, stünden immer noch 178 GW Erzeugungskapazität zur Verfügung. Das ist mehr als doppelt so viel wie die gut 86 GW, die für kurze Zeit maximal benötigt werden. Und es reicht aus, um selbst unter extrem ungünstigen Bedingungen – wenn etwa keine Sonne scheint, kein Wind weht und der Stromverbrauch dennoch maximal hoch ist – noch jederzeit genügend Strom zu produzieren. Das zeigt die Studie „Atomausstieg 2015“, die das Energiewende-Beratungsunternehmen Arepo Consult im Auftrag von .ausgestrahlt erstellt hat.

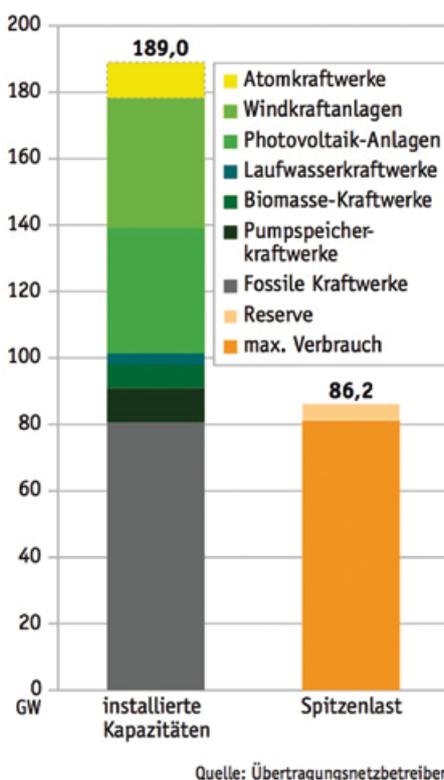
Sie fußt auf Daten der Bundesnetzagentur und der Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) und übernimmt deren zum Teil sehr pessimistische Annahmen. So gehen die ÜNB unter anderem davon aus, dass alle Laufwasserkraftwerke zusammen nur ein Viertel ihrer Leistung sicher ausschöpfen können und dass auch bei Biomasse-Kraftwerken nur zwei Drittel der Kapazität sicher verfügbar sind. Andere Organisationen, etwa die halbstaatliche Deutsche Energieagentur (dena), gehen von weit höheren Verfügbarkeiten aus.

Deutschland eine Strominsel?

Analog zu den offiziellen Untersuchungen zur Versorgungssicherheit unterstellt die .ausgestrahlt-Studie zudem pessimistisch, dass Deutschland ein vom Ausland abgekoppelter Strommarkt sei, der selbst seinen höchsten Viertelstundenbedarf mit eigenen Kraftwerken decken muss. Mit der Realität der Stromversorgung und des europäischen Verbundnetzes hat das natürlich wenig zu tun. Regionale Lastspitzen gleichen sich überregional aus, gleiches gilt für die Stromerzeugung aus Wind und Sonne. Die von den ÜNB angewandte Methode unterschätzt die tatsächliche Versorgungssicherheit also um einiges.

Andere Länder sind aus diesen Gründen bereits auf realitätsnähere Methoden zur Beurteilung der Versorgungssicherheit umgestiegen.

Kraftwerkskapazitäten und Strombedarf in Deutschland



Das deutsche Stromnetz besteht praktisch aus einer Nord- und einer Südregion. Der Stromfluss zwischen beiden ist durch die bestehenden Leitungen auf gut 12 GW beschränkt. Da im Süden fünf der acht AKW, zugleich aber deutlich weniger nicht-atomare Kraftwerke als im Norden stehen, hat die .ausgestrahlt-Studie die Situation in Süddeutschland nochmals gesondert untersucht. Das Ergebnis: Auch der süddeutsche Strombedarf lässt sich jederzeit decken, selbst wenn die süddeutsche Jahreshöchstlast genau während einer „Dunkelflaute“ auftreten sollte: durch existierende Kraftwerksüberkapazitäten im Norden und die bestehenden Nord-Süd-Leitungen sowie durch sogenannte Reservekraftwerke, die von den ÜNB in der Vergangenheit bereits unter Vertrag

genommen wurden. Dazu zählen Kraftwerke in (Süd-)Deutschland, die aus ökonomischen Gründen derzeit keinen Strom mehr für den normalen Strommarkt produzieren, sowie Kraftwerke in Österreich, Italien und der Schweiz, deren Kapazitäten dort nicht benötigt werden.

Problem Redispatch

Weil Wind- und Braunkohle-Strom aus Norddeutschland oft billiger ist als der aus dem Süden, decken sich Stromversorger und Großkunden sowohl aus Süddeutschland als auch dem südlichen Ausland gerne dort ein. Geschieht dies in großem Umfang, reichen die Nord-Süd-Leitungen nicht mehr aus. Um ihre Überlastung zu verhindern, ordnen die ÜNB dann ein sogenanntes Redispatch an: Kraftwerke in Norddeutschland müssen ihre Produktion drosseln, süddeutsche ihre im Gegenzug erhöhen. Der aus ökonomischen Gründen im Norden eingekaufte Strom wird also aus physikalischen Gründen doch im Süden produziert; die Mehrkosten werden auf die Netzgebühren umgelegt.

Vor allem für diesen Redispatch müssen im Süden in großem Umfang extra Kraftwerkskapazitäten vorgehalten werden, die dann nicht mehr zur Deckung des eigentlichen Strombedarfs zur Verfügung stehen. Die Bundesnetzagentur muss deshalb Maßnahmen treffen, die diesen unsinnigen Redispatch-Bedarf reduzieren – etwa eine zeitweise Begrenzung des Stromexports nach Süden oder eine Aufteilung des deutschen Strommarkts in zwei Marktgebiete.

Armin Simon

MEHR WISSEN

Das druckfrische .ausgestrahlt-Faltblatt „Sofortausstieg“ mit Fragen und Antworten zum Thema sowie die Original-Studie „Atomausstieg 2015 – Gehen ohne Atomkraftwerke die Lichter aus?“ kannst Du auf Seite 11 bestellen oder unter www.ausgestrahlt.de/sofortausstieg herunterladen.

.ausgestrahlt-Shop



Weitere Anti-Atom-Materialien gibt es im Webshop auf www.ausgestrahlt.de

.ausgestrahlt unterstützt Dich mit Materialien für Dein Engagement gegen Atomkraft. Seite heraustrennen, ausfüllen, dabei nicht vergessen, auf der Rückseite Deine Adresse einzutragen, und per Fax (040 2531-8944) oder Post senden an: .ausgestrahlt, Marienthaler Str. 35, 20535 Hamburg. Oder einfach online bestellen unter www.ausgestrahlt.de/shop. Pro Bestellung fallen 4,50 Euro für Versand und Verpackung an.

ATOMMÜLL

INFO-MATERIAL

Broschüre „Das Atommüll-Desaster“

Ein Blick hinter die Kulissen der Atomindustrie an acht Beispielen. Die Broschüre vermittelt einen Eindruck des Atommüllproblems und der erschreckenden bis hanebüchenen „Lösungen“ dafür. A4, 24 Seiten – 1 Euro K349



Flyer „Das Atommüll-Desaster“

Ideal zum Verteilen an FreundInnen, Bekannte und alle, die sich engagieren wollen. DIN lang, sechseckig – kostenlos K350



Infografik „Der Atommüll-Konflikt“

(aktualisierte Version, Mai 2015) Anschauliche Illustration des Konflikts und warum ihn die Atommüll-Kommission nicht lösen wird. Faltblatt (Leporello) im Briefumschlag-Format, aufgeklappt auch als Plakat verwendbar.

17,6 x 99,3 cm – 1 Euro K305



ATOMAUSSTIEG SOFORT!

Studie „Atomausstieg 2015 – Gehen ohne Atomkraftwerke die Lichter aus?“

Selbst unter extrem pessimistischen Annahmen sowie bei Dunkelheit und Windstille stehen rechnerisch genügend nicht-atomare Kraftwerke zur Verfügung, um auch den höchsten Stromverbrauch in Deutschland jederzeit zu decken.

A4, 33 Seiten – 3 Euro B209



Infoblatt „Sofortausstieg“

Fragen und Antworten zur Versorgungssicherheit ohne Atomkraftwerke. A5, vierseitig – kostenlos K353

ANTI-ATOM-SONNE

Stempel

Holzstempel mit Sonnenlogo und Aufschrift „Atomkraft ? Nein Danke“. Für den Protest auf deiner Post. Ø 4 cm – 8 Euro S016



Cappucino-Schablone

Schablone für schickes Anti-Atom-Sonnen-Topping für deinen lecker Milchkaffee oder Cappuccino. Schablone drüberhalten, Kakao drauf streuen, fertig! Aus spülmaschinenfestem Edelstahl, Ø 9,5 cm, Motivgröße

6 cm – 5 Euro S008



Stoffbeutel

Schicker Stoffbeutel mit der Anti-Atom-Sonne. Fair produziert und gehandelt, 100% Baumwolle. Mit weißem .ausgestrahlt-Schriftzug auf der Rückseite und extra langen Henkeln.

5 Euro S028
Staffelpreise: ab 5 Stoffbeutel 4,50 Euro/Stück,
ab 10 Beutel 4,00 Euro/Stück,
ab 50 Beutel 3,50 Euro/Stück



BAD BANK

„WIR ZAHLEN NICHT FÜR EUREN MÜLL!“

Aufkleber

16 x 6,5 cm,
wetterfest – 75 Cent K310



Unterschriftenliste

A4, vierseitig – kostenlos K308



EON-SATIRE

Plakat

A2 – kostenlos
K336

WEIHNACHTS-SPECIALS

BÜCHER

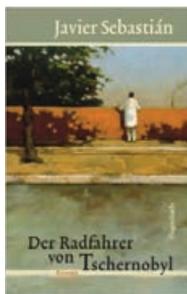
Buch „Baba Dunjas letzte Liebe“

Komisch, klug und herzerreißend ist diese Geschichte eines Dorfes, das es nicht mehr geben soll – und die einer außergewöhnlichen Frau: der Tschernobyl-Heimkehrerin Baba Dunja. Von Alina Bronsky
160 Seiten – 16 Euro L016



„Taschenbuch „Der Radfahrer von Tschernobyl“

Ein literarisches Denkmal für die namenlosen Opfer und verleugneten Helden von Tschernobyl – so spannend wie ein Abenteuerroman und mindestens ebenso informativ wie das beste Sachbuch zum Thema.
Von Javier Sebastián
221 Seiten – 11,90 Euro L015



FILM ZUR ATOMMÜLLLAGER-SUCHE

Der Schweizer Dokumentarfilmer Edgar Hagen macht sich zusammen mit Wissenschaftlern auf die Suche nach einem Ort, an dem die strahlenden Hinterlassenschaften unserer Atomanlagen für Tausende von Jahren sicher gelagert werden können. Aber keiner scheint geeignet zu sein ...



DVD „Die Reise zum sichersten Ort der Erde“
15 Euro V002

DVD mit Vorführ-Lizenz für nicht-gewerbliche öffentliche Vorführungen (ohne Verleihrecht)
49 Euro V003

DAS BESONDERE WEIHNACHTSGESCHENK

Geschenkkarte (Klappkarte A6) für eine Spende an .ausgestrahlt, mit Platz für einen persönlichen Weihnachtsgruß von Dir.

Spendengeschenk

15 Euro F003

Spendengeschenk

25 Euro F004

Spendengeschenk

50 Euro F005



KALENDER

Kalender 2016

Der .ausgestrahlt-Jahreskalender mit den wichtigsten Daten der Anti-Atom-Bewegung kostenlos K354



.ausgestrahlt

Faltblatt „.ausgestrahlt braucht Deine Unterstützung“

Der Atomlobby die Stirn bieten – das schaffen wir nur gemeinsam! .ausgestrahlt stellt sich vor und bittet um finanzielle Unterstützung und monatliche Förderinnen und Förderer. Prima zum Weitergeben an Bekannte und Verwandte, die Du auf diese Fördermöglichkeit hinweisen möchtest.

DIN lang Hochformat – kostenlos F012



Rundbriefe – kostenlos B008

Vor- und Nachname:

Straße und Hausnr.:

PLZ und Ort:

E-Mail:

Telefon für Rückfragen:

Ich bestelle die Materialien wie eingetragen und bitte um Lieferung an oben angegebene Adresse. Es fallen zusätzlich 4,50 Euro für Versand und Verpackung an. Ich überweise nach Erhalt der Lieferung und Rechnung.

Bitte schick mir regelmäßig kostenlos: per Post den .ausgestrahlt-Rundbrief; den E-Mail-Newsletter.

Datum, Unterschrift:

Unterschrift nicht vergessen

Atomkraft in Schweden

Abschalten mit Nachrüstungs-Auflagen und Steuererhöhungen

Seit fünf Jahren eigentlich sollte Atomkraft in Schweden der Vergangenheit angehören. Alle 12 Atommeiler bis 2010 abzuschalten – dafür hatte eine Mehrheit der Bevölkerung beim Atomkraftreferendum 1980 votiert. Es kam bekanntlich anders. Noch immer sind zehn Reaktoren an den Standorten Forsmark (3), Ringhals (4) und Oskarshamn (3) in Betrieb. Sie liefern rund 40 Prozent des schwedischen Stroms, der ansonsten zu mehr als 50 Prozent aus Wasserkraft stammt. Abgeschaltet wurden, 1999 und 2005, nur die beiden Reaktoren des südschwedischen AKW Barsebäck.

Wenn sie den in der Volksabstimmung manifestierten Willen des schwedischen Volks einfach ignorierte, konnte sich die Atomlobby sowohl auf die Führung der Sozialdemokraten wie auf die Mehrheit der Parteien des Mitte-Rechts-Spektrums stützen. Und die Anti-Atom-Bewegung? Die zerfiel zu weiten Teilen – in der fälschlichen Erwartung, nach dem „Sieg“ von 1980 sei ja alles gelaufen. Daran änderte sich auch nichts Grundlegendes, als immer deutlicher wurde, dass Regierungen wechselnder Couleur keinerlei Eile zeigten, den Ausstiegsbeschluss tatsächlich umzusetzen. Man müsse sich politisch doch gar nicht einmischen, suggerierten sie, das könne man „dem Markt“ und den Energiekonzernen in eigener Verantwortung überlassen. Konkrete Laufzeitlimits für die einzelnen Reaktoren hat Schweden nie beschlossen.

Ausstieg aus dem Ausstieg

2002 gestand die damalige sozialdemokratische Regierung dann offiziell ein, dass das Ziel eines Ausstiegs bis 2010 nicht mehr zu schaffen sei. Das Datum wurde aufgegeben, ohne ein neues zu setzen. Stattdessen galt die schwammige Vorgabe: Atomkraft werde in dem Umfang vom Netz genommen, in dem Ersatzenergie vorhanden sei.

Drei Jahre nach dem Beinahe-GAU im AKW Forsmark 2006 setzte eine konservativ geführte Koalition schließlich das letzte Überbleibsel des Referendums von 1980 gesetzlich außer Kraft: das Verbot,

neue Reaktoren zu planen und zu bauen. Sie begründete dies mit Klimaschutzargumenten und der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Der schwedische Staatskonzern Vattenfall stellte daraufhin 2012, unbeeindruckt von Fukushima, einen formalen AKW-Neubauantrag. Ein Jahr später kündigte er ein milliardenschweres Investitionsprogramm an, mit dem er die Laufzeit der sieben Atomreaktoren in Forsmark und Ringhals, bei denen er Mehrheitseigner ist, auf 60 bis 70 Jahre verlängern wollte. Beim AKW Oskarshamn, das mehrheitlich einer schwedischen Tochter des deutschen Eon-Konzerns gehört, hatte schon seit Mitte der 2000er-Jahre die Umsetzung eines „Optimierungsprogramms“ begonnen: Nachträgliche Umbauten sollten die Leistung der zwischen 1972 und 1985 errichteten Reaktoren erhöhen.

Teure Nachrüstungs-pflicht

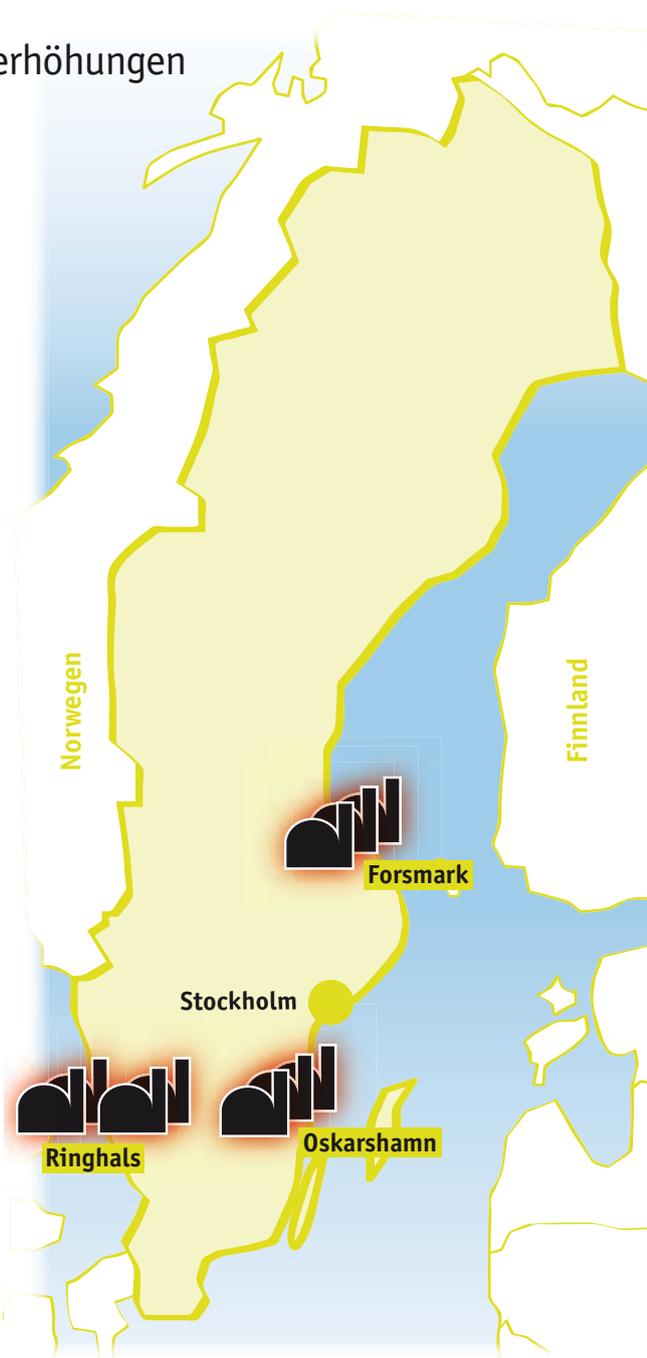
2015 dann die Kehrtwende. Im Juni stoppte Eon die meisten seiner kostspieligen „Optimierungs“-Programme, Vattenfall hatte diesen Schritt bereits im April angekündigt. Von den Neubauplänen hatte sich der Konzern aus Rentabilitätsgründen schon zu Jahresbeginn verabschiedet. Stattdessen wollen Vattenfall und Eon nun vier Reaktoren – zwei in Ringhals, zwei in Oskarshamn – vorzeitig, nämlich zwischen 2018 und 2020, stilllegen. Angesichts des kräftigen Ausbaus regenerativer Energien sind die Produktionskosten selbst bei den längst abgeschriebenen Altreaktoren zu hoch – vor allem, nachdem die Grünen sich in der seit einem Jahr regierenden rot-grünen Koalition mit der Forderung nach einer merklichen Verteuerung der Atomstromproduktion über Steuer- und Abgabenerhöhungen durchsetzen konnten. Außerdem ordnete die staatliche Aufsichtsbehörde Strålsäkerhetsmyndigheten an, dass alle Reaktoren, die über

2020 hinaus laufen, mit einem unabhängigen neuen Kühlsystem nachgerüstet sein müssen.

„Geschäftliche Logik“ schaffe nun das, was die Politik versäumt habe, begrüßt Greenpeace, das neben der „Volkskampagne gegen Kernkraft/Kernwaffen“ derzeit hauptsächlich die schwedische Anti-AKW-Bewegung repräsentiert, diese Entwicklung. Atomkraft gehöre auch in Schweden bald der Geschichte an, ist Campaigner Rolf Lindahl überzeugt: „Jetzt beginnt unsere Energierevolution.“

Reinhard Wolff

Mehr Infos: www.folkkampanjen.se



„Dann hat ihn jemand anders vor der Tür“

Henning Garbers, 50, Ingenieur, hat mit Initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet das Positionspapier zu „Abschaltung, Stilllegung und Rückbau von Atomkraftwerken“ erarbeitet

Seit Fukushima sind Stilllegung und Rückbau zum großen Thema geworden. Viele sind davon betroffen, an AKW-, Zwischenlager- und „End“-lager-Standorten. Auf der Atommüllkonferenz, zu der halbjährlich Anti-Atom-Initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet zusammenkommen, habe ich im Juni 2012 die Arbeitsgruppe „Abschaltung, Stilllegung und Rückbau von AKW“ moderiert. Die TeilnehmerInnen haben dort die Probleme mit der Atomanlage an ihrem Standort benannt und Forderungen aufgestellt, damit diese behoben werden. In den Diskussionen haben wir dann versucht, gemeinsame Ansätze herauszuarbeiten. Besonders wichtig war uns die Solidarität: Die Initiativen an den verschiedenen Standorten, sei es an AKW, Zwischenlagern oder anderen Atomanlagen, wollen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Wir haben ExpertInnen zu verschiedenen Themen eingeladen, haben sie befragt und mit ihnen diskutiert. Die Ergebnisse haben wir protokolliert und dabei gemerkt: Das ist eigentlich schon eine Art Forderungskatalog.



Foto: privat

Echte Konflikte gab es in den Diskussionen nicht, eher Informationsbedarf. Es war wichtig zu hinterfragen, was mit den Abfällen eigentlich passiert. Die Antwort ist banal: Es gibt absehbar weder vertrauenswürdige Konzepte noch Standorte für die langfristige Lagerung. Man kann den Atommüll jetzt also verantwortlich nicht an einen anderen Ort bringen, denn dann hat ihn nur jemand anders vor der Tür. Verschieben als „Entsorgungs“-Methode aber lehnen wir ab; das haben wir lange genug gehabt. Das bedeutet, dass aller Atommüll, wenn nicht zwingende Gründe dagegen sprechen, erst einmal vor Ort gelagert werden muss – natürlich nach den höchsten Sicherheitskriterien. Das nehmen wir nicht auf die leichte Schulter.

Wir fordern: Sicherheit muss Vorrang haben, auch wenn es teurer wird. Da kann man nicht einfach nur ein Blechfass in die Ecke stellen. Bei den Rückbau-Schritten fehlt bislang eine echte Öffentlichkeitsbeteiligung, das geht so nicht. Der Strahlenschutz muss erheblich verbessert werden. Wir kritisieren vor allem auch

Anzeige

das sogenannte „Freimessen“ und Freigeben von radioaktivem Material in Umwelt und Wertstoffkreisläufe.

Irgendwann merkten wir: Es macht Sinn, über all diese Fragen nicht nur bewegungsintern zu diskutieren, sondern aus dem Ganzen ein öffentliches Positionspapier zu machen. Nach den Diskussionsrunden auf den Atommüllkonferenzen gab es so noch eine schriftliche Phase. Im Mai ist der Entwurf an einen breiten Verteiler geschickt worden. Es gab viele Verbesserungsvorschläge, die ich mit Unterstützung einer kleinen Redaktionsgruppe so gut wie möglich eingearbeitet habe. Alle, die etwas angemerkt hatten, haben wieder die nächste Version bekommen und konnten sich weiter beteiligen. Auf diese Weise haben wir mehrere Runden absolviert, und es war nicht immer einfach. Leichter ist es, gemeinsam an einem Tisch zu sitzen. Am Ende aber haben alle Okay gesagt.

Im Juli ging das fertige Positionspapier dann schließlich über einen breiten Verteiler, zum Unterzeichnen. Bis heute haben 80 Initiativen, darunter .ausgestrahlt, ihren Namen darunter gesetzt und sich so hinter die Forderungen gestellt. Es gab einige Presseresonanz dazu. Jetzt geht es darum, das Papier noch bekannter zu machen und die Forderungen auch umzusetzen ...

www.atommuellkonferenz.de

Anti-Atomstrom

Nach Tschernobyl haben Schönauer Bürger ihr Stromnetz freigekauft und einen bundesweiten Ökostromversorger in Bürgerhand aufgebaut. Die EWS fördern Ökokraftwerke und unterstützen genossenschaftliche Energieprojekte.



Auf nach Schönau!

Wechseln Sie zum 5-Sterne-Ökostrom

Die Erzeuger unseres 100 % regenerativen Stroms haben keine Kapitalbeteiligungen von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern oder deren Tochterunternehmen.



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH . Fon: 07673/88850 . www.ews-schoenau.de

.ausgestrahlt

„Nur das kleine Radioaktiv-Symbol an den Waggon“

Hanna Poddig, 29, Vollzeitaktivistin, hielt bei den Aktionstagen gegen Urantransporte nächtliche Wache am Bahnhof und hat kein Problem, auch auf einer Hochzeitsgesellschaft Flyer zu verteilen

Jeden dritten Tag fährt ja ein Atomtransport durch den Hamburger Hafen – oft Uranerzkonzentrat. Das wird dann quer durchs Land gekarrt, unter anderem zu den Konversionsanlagen nach Frankreich. Wir haben schon öfter Aktionen gegen Urantransporte gemacht. Bisher war das eher spontan, dass Leute aus Hamburg die Atom-Container im Hafen ausfindig gemacht haben und das auch an Leute andernorts an der Strecke weitergegeben haben. Anfang des Jahres haben wir dann bei einem größeren Vernetzungstreffen den Plan gefasst: Wir machen das jetzt gezielter, greifen uns einen Transport raus und machen entlang der gesamten Strecke drauf aufmerksam. Unser Ansatz war, dass das Thema mehr in die öffentliche Debatte kommt, wenn an allen Durchfahrtsorten gleichzeitig darüber berichtet wird.

Nach den Auftaktkundgebungen gab's während des Transports überall Protestaktionen. Ich war in Münster. Da fährt der Zug morgens zwischen drei und fünf Uhr durch und wir haben eine Mahnwache am Bahnhof gemacht. Direkt nebenan war grad 'ne Hochzeitsgesellschaft. Die Gäste waren ganz schön erstaunt, einige auch schockiert, dass direkt an ihrer Party ein Urantransport vorbeifährt. Die fanden unsere Aktion toll. Ich bin dann rein und habe auch drinnen Flyer verteilt. Ich hab auch mitbekommen, dass Reisende auf den Bahnsteigen die Zugbegleiter angesprochen haben, ob das stimmen würde mit den Urantransporten und wie das sein könne. Es sei doch ein Personenbahnhof und die Strecke führe durch Wohngebiete. Dem Bahnpersonal wurde aber offensichtlich gesagt, sie sollen das komplett abblocken. Vielleicht waren die auch einfach nur hilflos.

Die Polizei vor Ort hatte irgendwann keine Lust mehr, auf uns aufzupassen, und sie sagten, nun sei unsere Mahnwachenzeit rum. Wir haben sie erst mal über das Versammlungsrecht aufgeklärt: Wenn wir angemeldet sind, bis der Zug durchrollt, besteht die Versammlung so lange, bis er wirklich kommt. Dann sollten wir das Transparent abnehmen, weil es angeblich gefährlich im Fahrtwind hing oder so. Haben wir aber nicht gemacht, das war wohl mehr eine Machtdemonstration.



Foto: Pay Numrich, feinfrisch.net

Wir waren uns irgendwann nicht sicher, ob wir den Zug verloren hatten, regulär fährt er um Mitternacht vom Güterbahnhof in Hamburg-Maschen ab. Unsere Leute waren da auf Beobachterposten, das ist immer wieder eine Herausforderung. Aber sie haben Erfahrung und kennen schon die richtigen Orte, an denen sie sich mit dem Fernglas gut positionieren können wie beispielsweise Brücken. Immerhin ist es ein riesiges Gelände, und wenn der Zug da einfährt und umgekoppelt wird, ist es schwierig, ihn nicht aus den Augen zu verlieren. Es ist dunkel und es gibt nur das kleine Radioaktiv-Symbol und die Gefahr-Tafeln an den Waggonen, an denen man ihn sicher erkennt.

Um vier Uhr brachen die Beobachter ab, wir wussten nicht, ob uns der Transport durch die Lappen gegangen war. Mittags haben wir erfahren, dass er durch Hannover gefahren ist – er hat also einen anderen Weg genommen. Das ist schon ein Erfolg, weil die Gegenseite sich genötigt sah, den Urantransport umzuleiten.

Drei Tage später haben wir spontan noch den nächsten Transport beobachtet, viele Mahnwachen wurden wiederholt. Ich denke, wir haben einige Leute erreicht. Selbst wenn es nur drei Menschen sind, die die Mahnwache machen, ist das sehr, sehr wertvoll. Und solange es diese Transporte gibt, wird es auch unseren Widerstand geben, das ist sicher. www.urantransport.de
www.atomtransporte-hamburg-stoppen.de

Anzeigen

DIE Druckerei für Recyclingpapier

recycling-flyer

www.recyclingflyer.de

Wann sind wir wieder Klassenbester?

Land	PV-Zubau 2014 (Watt/Erwohner)
Japan	Highest
USA	Second highest
D	Third highest
China	Lowest

Beim Zubau von PV-Anlagen lagen wir schon mal weiter vorne. Trotzdem: Auch 2015 bauen wir PV-Anlagen mit Rendite – besser als bei der Bank. Fordern Sie Infos an:

OBERSCHWABEN SOLAR
Steuervoll investieren

Tel. 0751/97719770 Fax 0751/97719772
www.oberschwaben-solar.de
info@oberschwaben-solar.de

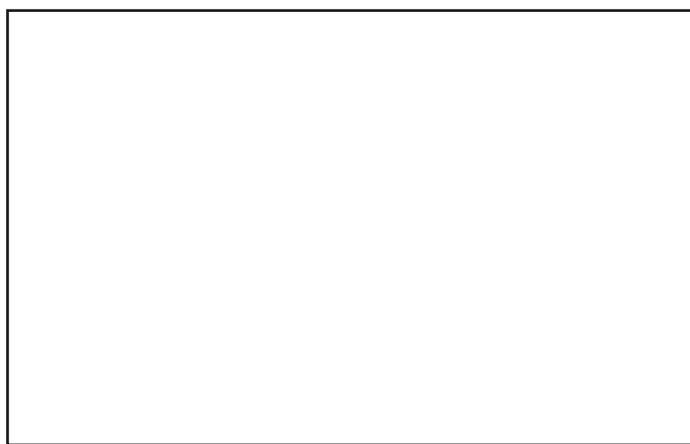
Wenn Du umziehst, sende uns Deine neue Adresse! Der Rundbrief wird trotz Nachsendeantrag von der Post nicht weitergeschickt.

Impressum

.ausgestrahlt
Marienthaler Straße 35
20535 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
www.ausgestrahlt.de

Spendenkonto
.ausgestrahlt e.V.
IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00
BIC: GENODEM1GLS
GLS Bank
Spenden sind steuerlich absetzbar.

Redaktion: Armin Simon, Jochen Stay, Julia Schumacher | Mitarbeit: Andreas Conradt, Carolin Franta, Charlotte Wintgens, Pauline Geyer, Reinhard Wolff, Sarah Lahl | Layout: www.holgermueller.de | Druck: Vettors, Radeburg Gedruckt auf Recyclingpapier | Auflage: 46.500 | V.i.S.d.P.: Jochen Stay



30 Jahre Tschernobyl – 5 Jahre Fukushima

Bundesweite Proteste und Aktionswochen im März/April 2016

Die Atomkatastrophen von Fukushima und Tschernobyl jähren sich im Frühjahr 2016 zum 5. und zum 30. Mal. Die öffentliche und mediale Aufmerksamkeit bei diesem Zusammentreffen von gleich zwei „runden“ Jahrestagen am 11. März und 26. April wird groß sein. Umso wichtiger, dass wir nicht nur mit Nachdruck an die unsäglichen Folgen der beiden Kernschmelzunfälle erinnern, sondern auch Druck machen, die acht Atomkraftwerke, die hierzulande noch laufen, endlich abzuschalten. Die Gefahr eines Super-GAU ist nicht gebannt!

Anti-Atom-Initiativen im ganzen Bundesgebiet werden zu den besonderen Jahrestagen Mahnwachen und Demonstrationen organisieren. Daneben soll es in möglichst vielen Städten Aktionen und Veranstaltungen gegen Atomkraft geben: Infoabende, Ausstellungen, Filmvorführungen, Diskussionen, Vorträge, Lesungen, Schulprojekte und vieles mehr.

Je mehr Menschen Tschernobyl, Fukushima und die noch immer allgegenwärtigen Gefahren der Atomkraft zum Thema machen, desto größer wird der öffentliche Druck werden, das Atom-Risiko endlich zu beenden und den Umstieg auf



Foto: Thomas Iglar

erneuerbare Energien zu beschleunigen. Bitte überlege, ob Du etwas beitragen kannst: Eine Veranstaltung oder kleine Aktion lassen sich schon mit ein paar Leuten auf die Beine stellen. .ausgestrahlt unterstützt Dich gerne mit Materialien, Aktionsideen und praktischen Tipps.

Im nächsten .ausgestrahlt-Rundbrief, der Anfang Februar 2016 erscheint, – und natürlich in unserem E-Mail-Newsletter und auf www.ausgestrahlt.de – werden wir einen Überblick über die geplanten Aktionen und Proteste veröffentlichen. Tschernobyl und Fukushima dürfen sich nicht wiederholen! Bist Du mit dabei?

Wer ist .ausgestrahlt?

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen AtomkraftgegnerInnen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen. Wir machen Aktionsangebote und stellen Materialien und Hintergrundinformationen zur Verfügung. Mach mit!

Praktikum bei .ausgestrahlt

.ausgestrahlt hat ab Januar 2016 wieder Platz für PraktikantInnen für jeweils drei bis sechs Monate. Du solltest in der zweiten Hälfte eines Studiums oder einer ähnlichen Qualifikationsphase sein. www.ausgestrahlt.de/praktikum

Unterstützung für Anti-Atom-Initiativen

Ob zur Aktionsplanung oder für Gruppenprozesse: .ausgestrahlt vermittelt eurer Gruppe erfahrene TrainerInnen und ModeratorInnen. Willst Du eine neue Gruppe gründen, bieten wir Dir an, per E-Mail an Adressen in der Region eine Einladung zu verschicken.

E-Mail-Newsletter für aktuelle Infos

Um auf dem Laufenden zu bleiben und rechtzeitig von neuen Aktionen, Materialien, Terminen und atompolitischen Entwicklungen zu erfahren, solltest Du auf www.ausgestrahlt.de den kostenlosen E-Mail-Newsletter abonnieren.

Regionalkontakt gesucht?

Auf www.ausgestrahlt.de/regional findest Du Adressen von Gruppen, die gegen Atomenergie aktiv sind und die mit .ausgestrahlt zusammenarbeiten. Dort stehen auch Termine regionaler Anti-Atom-Aktionen. Du kannst Eure Termine dort veröffentlichen.

.ausgestrahlt braucht FörderInnen

2.962 Förderer und Förderinnen spenden bereits regelmäßig für die Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank! Wie auch Du .ausgestrahlt regelmäßig unterstützen kannst, findest Du im beiliegendem Faltblatt.